zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Pölla

Ausgabe · Juni 2026 | 560842/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

Bürger FÜR PÖLLA und Freiheitliche

Bürgermeister Günther Kröpfl rechtskräftig verurteilt

Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat die Nichtigkeitsbeschwerde von Bürgermeister Günther Kröpfl zurückgewiesen und das Oberlandesgericht Wien hat am 10. März 2026 den Schuldspruch wegen wissentlichem Amtsmissbrauchs auch der Höhe nach bestätigt. Bürgermeister Kröpfl ist zu 12 Monate bedingte Haft endgültig rechtskräftig verurteilt.



Das Gericht hat festgestellt, dass der Bürgermeister seine Amtsmacht missbraucht und Bescheide bewusst wahrheitswidrig begründet hat. Und das war kein Versehen, sondern Absicht.

Besonders schwer wiegt dabei, dass der Bürgermeister den Betroffenen bei der Bezirkshauptmannschaft angezeigt und dabei, trotz besseren Wissens, falsche Darstellungen verbreitet hat. Genau dieses Vorgehen, wissentlich wahrheitswidrige Angaben und missbräuchliches Handeln im Amt, war Kern des Strafverfahrens. Kritik an der Justiz und ein weiter wie bisher, ohne Schuldeingeständnis, kennt man ja auch von der ÖVP-Bundespartei.

Für die BLP-FPÖ Pölla und auch für viele Bürger von Pölla ist das ein grober Vertrauensverlust. Das Vertrauen in weiten Teilen der Bevölkerung ist verspielt und BGM Kröpfl sollte sich Konsequenzen überlegen. Der Bürgermeister ist auch Baubehörde und die Verurteilung erfolgte in diesem Aufgabenbereich. Rücktritt sollte logische Folge sein. Wir fordern hier auch Landeshauptfrau Johanna Mikl Leitner und die ÖVP NÖ zum Handeln auf. August Wöginger, ebenfalls ÖVP, hatte trotz nicht rechtskräftiger Verurteilung wenigsten den Anstand zu einem Teilrücktritt. Beide ÖVPler eint die Kritik an der unabhängigen Justiz.

In einem begleitenden Zivilverfahren über aufgelaufene Verfahrenskosten, bei eingebrachten Einsprüchen zu widerrechtlich ausgestellten Bescheiden, wurde die MGM Pölla zur Zahlung der dem Betroffenen aufgelaufenen Kosten verurteilt.

Geplanter Umbau des Gemeindeamtes

(Stand 08.05.2026)

Für das Jahr 2025 war im Haushaltsplan **eine Million Euro** für den Umbau des Gemeindeamtes geplant, ohne die Bürger im Vorhinein über so ein Megaprojekt zu informieren. Als die BLP-FPÖ das öffentlich machte, ging eine Welle der Ablehnung durch die Gemeinde. Die ÖVP-Gemeindeleitung versuchte zu beschwichtigen. Die Vorhaben wurden kleingeredet und volle Information der Bürger in der Planungsphase wurde versprochen. Ein geplantes relatives Entkernen des Gebäudes wurde bestritten. Die Gemeinderatswahlen sind vorbei und alles ist wieder anders. Wir fordern eine Einbindung und ehrliche Information der Bevölkerung von Anfang an. Jeder Bürger kann aber Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz an den Bürgermeister stellen, die dieser auch binnen einem Monat beantworten muss. Bitte nützt diese Möglichkeit. Für einen Projektschwerpunkt Gemeindeamt wurden Mittel von € 10.000.- plus UST und für ein Architektenbüro € 9.480.- mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderäte beschlossen. Vom Bürgermeister wurde versprochen, dass kein Geld ausgegeben wird, bevor das Projekt nicht im Grundsatz besprochen wurde. Was brauchen wir und was können oder wollen wir uns als Gemeinde leisten. Unter Einbeziehung und Information der Bürger und der Opposition. Versprochen und leider wieder gebrochen. Wir haben Infos aus einer Ausschusssitzung, dürfen das aber der Bevölkerung nicht mitteilen, da Ausschusssitzungen nichtöffentlich sind und der Bürgermeister uns die Weitergabe der Infos an die Bürger **verboten** hat. Und Frau Vizebürgermeister meint, wenn wir uns nicht mit **ihrem** Projekt identifizieren können, haben wir in dem Arbeitskreis nichts verloren. Demokratieverständnis der ÖVP. Wir, die BLP-FPÖ-Gemeinderäte, haben mit vielen Leuten in der Gemeinde über das Projekt Gemeindeamt gesprochen. Ausnahmslos jeder war über Kosten von einer Million Euro erschüttert. Beim jetzt ins Auge gefassten Projekt wird es sich aber mit einer Million bei Weitem nicht ausgehen. Gegen Verbesserungen im Gemeindeamt sind wir nicht und Anregungen aus der Bevölkerung decken sich mit unserer Ansicht eines bürgerfreundlichen Umbaues mit überschaubaren Kosten. Die letzte Renovierung ist erst etwa 10 Jahre her und es wurden die Möbel, alle Fußböden, elektrische Leitungen, EDV mit neuen Leitungen und vieles mehr erneuert.

Wir unterstützen einen neuen barrierefreien Haupteingang mit neuen automatischen Türen. Umbau des Arbeitsplatzes der Sachbearbeiterin für Bauangelegenheiten mit eigenem Eingang und direktem Durchgang vom Haupteingang bis zum Eingang an der Kirchenseite. Generalsanierung der Toiletten mit Zugang auch von außen (Kirchenplatz) bei Veranstaltungen. Personal – Umkleide und Aufenthaltsraum mit Küchenzeile im ersten Stock. Neugestaltung des Archives im ersten Stock. Die Kosten werden ein Bruchteil des von der Gemeindeleitung angestrebten Projektes sein. Die Gemeinderatssitzungen können weiterhin im kaum genutzten Kulturhof stattfinden. Entkernen des Gebäudes und geplantes Herausreißen beider Decken, Einbau eines Aufzuges und 500m2 neue Fassade sind für uns Unsinn.

Die Bevölkerung braucht kein Luxus-Gemeindeamt, sondern funktionierende Amtswege, gutes Trinkwasser und einen sparsamen Umgang mit Steuergeld.

In Zeiten wie diesen, wo Bund, Länder und Gemeinden überschuldet sind, fehlt uns das Verständnis für solche geplanten und unnötigen Prestige-Projekte. Jetzt sollte die ordentliche Wasserversorgung von Neupölla mit gutem Trinkwasser Vorrang haben. Leider gibt es, auch für uns, kaum Infos wie es mit dem Trinkwasser für Neupölla genau weiter geht. Ein dauerhaftes Mischen des Trinkwassers, um die Werte zu drücken, ist für uns kein gangbarer Weg. Wir fordern ein Gesamtkonzept mit ehrlicher Information der Bevölkerung.

Bauen in Pölla – Infos, Rechte und Anregungen

Die Niederösterreichische Bauordnung war schon immer ein umfangreiches Regelwerk. Durch zahlreiche Änderungen, zusätzliche Anforderungen und immer komplexere Verfahren ist es für viele Bürger heute jedoch besonders schwierig, bei Bauvorhaben den Überblick zu behalten. Gerade deshalb ist eine sachliche, nachvollziehbare und bürgernahe Beratung in Bauangelegenheiten besonders wichtig.

Der Bürgermeister ist in der Gemeinde grundsätzlich Baubehörde und damit für Baubewilligungen und baupolizeiliche Verfahren zuständig. Zur fachlichen Unterstützung kann ein Bausachverständiger beigezogen werden, damit die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Grundsätzlich ist für die Gemeinde Pölla das Gebietsbauamt Krems an der Donau zuständig. Die Beiziehung eines nichtamtlichen Sachverständigen ist rechtlich möglich, aber an die Voraussetzungen des § 52 AVG gebunden. In unserer Gemeinde wird davon Gebrauch gemacht. Das führt aus unserer Sicht zu unnötigen Mehrkosten für die Bürger.

Nachdem uns mehrere Bürger von Problemen mit dem privaten Bausachverständigen berichtet haben, stellte die BLP-FPÖ eine schriftliche Anfrage an den Bürgermeister – auch zu den finanziellen Auswirkungen.

Laut Auskunft der Gemeinde Pölla werden vom Gutachter 102 Euro je angefangene halbe Stunde verrechnet.

Rechtslage bei Sachverständigen

1. Amtssachverständiger – Regelfall
Wenn ein Gutachten erforderlich ist, ist grundsätzlich ein Amtssachverständiger beizuziehen. In der Praxis erfolgt dies meist über das zuständige Gebietsbauamt.
2. Privater Sachverständiger – Ausnahmefall
Ein nichtamtlicher Sachverständiger darf nur unter bestimmten Voraussetzungen eingesetzt werden, etwa wenn:
- kein Amtssachverständiger verfügbar ist,
- ein besonders gelagerter Fall vorliegt,
- eine wesentliche Verfahrensbeschleunigung zu erwarten ist.

Gerade deshalb stellt sich die Frage, warum in unserer Gemeinde dauerhaft auf diese Lösung des nichtamtlichen Sachverständigen gesetzt wird, inklusive höherer Gebühren für die Bürger.

Fragwürdige Kostenhöhe

Ein Ansatz von 102 Euro je angefangener halber Stunde entspricht rechnerisch 204 Euro pro Stunde und liegt damit deutlich über den in § 34 Abs. 3 GebAG genannten Stundensätzen von 50 bis 100 Euro bzw. 80 bis 150 Euro. Aus unserer Sicht ist daher zu hinterfragen, auf welcher Rechtsgrundlage und mit welcher Begründung dieser Betrag verrechnet bzw. weitergegeben wird.

Wenn die Behörde selbst eine Überprüfung anordnet, dürfen die Kosten im Allgemeinen nicht dem Bürger aufgebürdet werden.

Hilfe für Bürger

Wer Fragen zu Bauverfahren, zur NÖ Bauordnung oder zu aktuellen Änderungen hat, kann sich jederzeit an die BLP-FPÖ wenden. Anliegen, Probleme, Unsicherheiten sowie Beschwerden werden vertraulich behandelt und an fachkundige Stellen zur Klärung weitergeleitet. Die BLP-FPÖ unterstützt Bürger rasch, unbürokratisch und kompetent. Die Auskünfte sind kostenlos

Unser politisches Ziel

Wir treten dafür ein, Bauverfahren langfristig aus den Gemeinden auszulagern und auf unabhängige, fachlich kompetente Stellen zu übertragen. Damit wären ob-

Fotsetzung auf Seite 4

jektive Entscheidungen gesichert und parteipolitische Einflussmöglichkeiten deutlich eingeschränkt. Die ÖVP Niederösterreich lehnt diesen Weg bisher ab. **Bauangelegenheiten müssen ausschließlich nach Gesetz, Fakten und Gleichbehandlung beurteilt werden – nicht nach persönlicher Nähe, Sympathie oder Abneigung.**

Bilanz nach einem Jahr neuer Gemeinderat. Neustart unbedingt erforderlich.

Für die seit Jahren anhaltenden Konfrontationen zwischen ÖVP-Gemeindeleitung und der BLP-FPÖ haben die Bürger kein Verständnis. Speziell unsere jungen Gemeinderäte sind nach der Wahl mit viel Elan in die neue Periode gestartet, wurden aber rasch auf den Boden der ÖVP-Realität zurückgeputzt. Wir sind Freiheitliche, nur der Bevölkerung verpflichtet, aber mit dem Anspruch auf freie Meinungsäußerung und volle Information und lehnen eine autokratische Amtsführung der zwei an der Spitze unserer Gemeinde ab. Bestes Beispiel, die geplante Sanierung des Gemeindeamtes. Keine Infos an die Bürger über ihre Pläne. Auch die eigenen Leute bekommen wenig mit. Handheben bei der Abstimmung ist aber Pflicht. Dieser Umgang mit der Macht ist typisch und hat seinen Ursprung in wenigen ÖVP-Mandataren. Wer nicht ihrer Meinung ist, wird gnadenlos bekämpft.

Neustart.
Ein Lösungsvorschlag für diese Situation kommt aus der Bevölkerung. Umgehender Rücktritt jener Mandatare, die von der Bevölkerung als Hauptverantwortliche für die Probleme gesehen werden. Alle 5 BLP-FPÖ-Mandatare verstehen sich, auch privat, gut mit den meisten ÖVP-Gemeinderäten. Wir greifen den Vorschlag der Bürger auf und bieten den Rückzug von Franz Wögenstein sen. an. Dafür müssten Günther Kröpfl und Sandra Warnung ebenfalls aus der Gemeindepolitik ausscheiden. **Niemand ist unersetzlich** und mit den jungen Mandataren beider Fraktionen sollte einem Neuanfang mit guter Zusammenarbeit zum Wohle der Gemeinde nichts mehr im Wege stehen. Wer gegen diesen Vorschlag ist, verfolgt nur Eigeninteressen wegen Macht und Geld und hat nicht das Wohl der MGM Pölla im Sinn. Bis jetzt haben wir es vermieden, der Bevölkerung die finanziellen Aspekte von Gemeindefunktionären mitzuteilen. Da die Vorgehensweise der Gemeindeleitung aber uns gegenüber immer undemokratischer wird, hier die Info zu den Gehältern. Bürgermeister € 4035.- monatlich plus Sonderzahlungen, sind € 56.490.- im Jahr. Vizebürgermeister 50% vom BGM Gehalt, also etwa € 2000.- im Monat und 28.000.-/ Jahr. Gemeinderat € 140.- im Monat mal 12, sind € 1.680.- im Jahr. *Quelle: NÖ Gemeinde Bezüge Gesetz.*

Dumme und unrichtige Anschuldigungen gegen den geschäftsführenden Gemeinderat Martin Aschauer sind einfach grindig. Bei seinen Agenden wurden Entscheidungen von der Gemeindeleitung meistens an ihm vorbeigetroffen. Zusammenarbeit wird kaum zugelassen.

Unterschwellig und direkt gemachten Unterstellungen uns gegenüber weisen wir zurück. Postings und ein als Leserbrief verteiltes Schreiben zeigt den Charakter der Verfasser.